



#dieschmidt

der newsletter

15.06.2018

**Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,**

wir haben uns gegen die Blockaden der Union durchgesetzt. Am Mittwoch hat die Bundesregierung beschlossen: die Brückenteilzeit kommt ([hier geht es zu meinem Beitrag dazu in den Wetzlarer Nachrichten](#)). Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedeutet das ab dem 01. Januar 2019 deutlich mehr Zeitsouveränität, Flexibilität und Selbstbestimmtheit. Wer heute für eine bestimmte Zeit weniger arbeiten möchte, kann nun sicher sein, dass sie oder er nach der Teilzeitphase wieder in die alte Arbeitszeit zurück kann.

Einen weiteren Erfolg konnten wir am Donnerstag im Parlament verzeichnen, wo wir die „Eine-für-alle-Klage“, die Musterfeststellungsklage ([ich berichtete letzte Woche](#)) endgültig beschlossen haben. Damit stärken wir jede einzelne Bürgerin und jeden einzelnen Bürger. Starke Verbände vertreten Verbraucherinnen und Verbraucher vor Gericht. Das haben wir durchgesetzt und damit schaffen wir mehr Chancengleichheit gegen die Konzerne vor Gericht. Das ist sozialdemokratische Politik für ein solidarisches Land.

Am Mittwoch haben wir uns im Bundestag mit einem mir sehr wichtigen Thema befasst: der Bekämpfung von Kinderarmut. In meiner Rede ([hier als Video und Text](#)) habe ich von den Auswirkungen sozialer Ungleichheit in unserer Gesellschaft gesprochen und davon, wie wir echte Chancengleichheit für alle herstellen wollen.

Nach zwei Sitzungswochen in Folge freue ich mich auf einige spannende Termine im Wahlkreis nächste Woche. Darunter der Jahresempfang der Kreishandwerkerschaft, die Besichtigung der Kindertagespflege der AWO in Wetzlar und die Jahreshauptversammlung der SPD Wieseck, die zu meinem Betreuungswahlkreis Gießen gehört. Mein wichtigster Termin ist meine Wahlkreissprechstunde im August-Bebel-Haus in Wetzlar (Bergstraße 60) kommenden Donnerstag (21.06.2018, 17:30-18:30). Um unnötige Wartezeiten zu vermeiden, bitte ich um Anmeldung unter dagmar.schmidt@bundestag.de oder 06441 209 25 22.

Wie jedes Jahr lade ich auch dieses Jahr im Sommer zur Jugendfahrt (16 - bis Mitte 30) nach Berlin ein. Leider musste eine größere Gruppe kurzfristig absagen, so dass es noch zehn freie Plätze für die kommende Berlinfahrt (02.07. – 05.07.) gibt. Das Mindestalter ist 16 Jahre. Wer Interesse hat (oder jemanden kennt), kann sich unter dagmar.schmidt@bundestag.de bei meiner Mitarbeiterin Cirsten Kunz anmelden.

Abschließend wünsche ich allen fußballbegeisterten Leserinnen und Lesern eine spannende und friedliche WM und unseren Jungs viel Erfolg!

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt, MdB



Europe united



Das Verhalten des US-Präsidenten Donald Trump beim G7-Gipfel am Wochenende in Kanada hat international für Fassungslosigkeit gesorgt. Zurecht, denn er hat sich mit seinem Tweet zur Aufkündigung der gemeinsamen Vereinbarung aus der internationalen Verantwortung verabschiedet.

Mit einem Präsidenten, der nur nach seinen eigenen Regeln handelt und der sich nicht um Verträge, Abkommen und Vereinbarungen kümmert, ist keine verlässliche Politik zu machen. Vor diesem Hintergrund werden sich die Ergebnisse des Treffens von Präsident Trump mit Nordkoreas Machthaber Kim Jong Un in

Singapur noch als belastbar erweisen müssen. Internationale Politik und Krisenmanagement sind wie ein Marathonlauf. Man braucht Ausdauer, viel Disziplin und einen langen Atem, um das Ziel zu erreichen. Mit der Unterzeichnung von Vereinbarungen fängt der eigentliche Prozess zur Umsetzung der Vereinbarungen erst an.

Für uns ist nach dem G7-Gipfel noch einmal sehr deutlich geworden: Die Antwort auf "America first" kann nur "Europe united" lauten. Wir Europäerinnen und Europäer sind gemeinsam mit Kanada und Japan gefordert, dafür zu sorgen, dass die internationale Zusammenarbeit in der Friedens-, Rüstungskontroll-, Klima- und Handelspolitik jetzt nicht komplett unter die Räder kommt. Wir arbeiten deswegen auch weiterhin für ein starkes und geeintes Europa.

Familienzusammenführung



Heute hat der Bundestag das Gesetz zur Neuregelung des Familiennachzugs verabschiedet. Im März 2016 hat der Bundestag auf Druck der Unionsfraktion beschlossen, dass subsidiär Geschützte keine Familie mehr nach Deutschland nachholen dürfen. Getroffen hat das vor allem die Flüchtlinge des syrischen Bürgerkrieges. Auf dem Bundesparteitag im Januar 2018 in Bonn, hat die SPD beschlossen, bei einer erneuten Regierungsbeteiligung den Familiennachzug wieder uneingeschränkt aufzunehmen, da das Grundrecht auf Familie für uns nicht verhandelbar ist. Wir sind überzeugt: der Familiennachzug für subsidiär Geschützte darf

nicht begrenzt werden. Wenn notwendig, muss den Botschaften weiteres Personal zur Verfügung gestellt werden. Auch ist unter gar keinen Umständen eine Kompensation des Familiennachzugs mit der Übernahme von Geflüchteten aus Italien und Griechenland tragbar, denn die gebietet die europäische Solidarität. [...weiterlesen](#)

Parteien stärken



Heute hat der Bundestag eine Änderung des Parteiengesetzes zu Gunsten aller politischen Parteien in Deutschland beschlossen. In Deutschland gibt es eine staatliche Teilfinanzierung der Parteien – damit Parteien, die auf Grund ihrer politischen Positionen viele und hohe Spenden erhalten, im politischen Wettbewerb nicht bevorteilt werden. Die staatliche Teilfinanzierung wurde nach dem Krieg eingeführt, damit Parteien in ihren Entscheidungen unabhängig sind. Die Kriterien für diese Parteienfinanzierung sind

klar geregelt. Die Höhe der staatlichen Beträge orientiert sich an der Verwurzelung der Parteien in der Gesellschaft, also an den Wahlerfolgen auf europäischer, Bundes- und Landesebene einerseits und dem Umfang der Zuwendungen aus der Gesellschaft (also Spenden, Beiträge der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sowie Mitgliedsbeiträge) andererseits. Für die ersten 4 Millionen Stimmen erhalten die Parteien 1 Euro pro Stimme, für jede weitere Stimme 0,83 Euro. Für jeden Euro Zuwendung erhalten die Parteien 0,45 Euro. Die staatlichen Zuwendungen an die Parteien werden durch eine Obergrenze gedeckelt. Diese absolute Obergrenze wird jährlich angepasst – auf Basis eines Preisindex für typische Parteiausgaben. [...weiterlesen](#)

Digitale Barrierefreiheit



Gestern hat der Bundestag die Umsetzung einer EU-Richtlinie beschlossen und den barrierefreien Zugang zu den Webseiten und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen beschlossen. Menschen mit Behinderungen sollen dadurch digitale Produkte und Dienstleistungen einfacher nutzen können.

Die Digitalisierung macht es möglich: wir kommunizieren von überall miteinander und informieren uns jederzeit online. Für Menschen mit Behinderungen bietet die Digitalisierung neue Chancen. Digitale Tools machen Arbeit, Teilhabe und auch Mitentscheiden einfacher. Wir wollen nun dafür sorgen, dass diese

Chancen nicht durch unnötige Barrieren verbaut werden.

Öffentliche Stellen – unter anderem auch Verbände und Vereinigungen – sind nun zu digitaler Barrierefreiheit verpflichtet. Gleichzeitig führen wir einen Mechanismus für Feedback ein, der es Nutzerinnen und Nutzern ermöglicht, fehlende Barrierefreiheit zu melden. Eine neue Überwachungsstelle wird dafür sorgen, dass digitale Barrieren auch wirklich abgebaut werden.

Pflegereform



Schritt für Schritt machen wir die Pflegeberufe attraktiver, damit mehr qualifiziertes Personal für die Pflege gefunden wird. Die SPD hat dafür gesorgt, dass die Ausbildung zur Pflegefachkraft endlich für alle kostenlos wird. Wir haben nicht nur das Schulgeld abgeschafft, sondern auch sichergestellt, dass eine angemessene Ausbildungsvergütung gezahlt wird. Damit stellen wir gleichzeitig sicher, dass sich niemand mehr die Frage stellen muss, ob er oder sie sich eine solche Ausbildung leisten kann. Am Mittwoch hat das Kabinett die Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für die Pflegeberufe verabschiedet. Dies ist ein wichtiger Schritt für

den guten Start der neuen Pflegeausbildungen und der nächste Schritt bei der Umsetzung der Pflegereform. Durch die künftig generalisierte Ausbildung werden die Pflegeberufe modernisiert und attraktiver gemacht. Letztlich werten wir damit den gesamten Berufszweig auf und bekämpfen den Fachkräftemangel – auch hier vor Ort. Das Gesetz zur Reform der Pflegeberufe wurde im Juni 2017 vom Bundestag verabschiedet ([s. hier](#)) und tritt zum 01. Januar 2020 in Kraft.